

## **Entschließungsantrag**

**der Fraktion der SPD**

**zu der Beratung des Antrags der Bundesregierung  
– Drucksachen 17/4402, 17/4561 –**

**Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (International Security Assistance Force, ISAF) unter Führung der NATO auf Grundlage der Resolution 1386 (2001) und folgender Resolutionen, zuletzt Resolution 1943 (2010) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Seit Anfang 2002 ist Deutschland auf der Grundlage von Beschlüssen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen (VN) und im Rahmen internationaler Missionen in Afghanistan engagiert. Der Deutsche Bundestag hat den seit mittlerweile neun Jahren andauernden Einsatz der Bundeswehr bislang jedes Jahr mit breiter Mehrheit mandatiert.

Der Afghanistankonflikt ist nur politisch zu lösen. Es gibt keine militärische Lösung der innerafghanischen Auseinandersetzungen. Das militärische Engagement der internationalen Gemeinschaft dient dazu, die Bemühungen um eine politische Lösung entsprechend abzusichern. Die internationale Gemeinschaft hat sich bereits festgelegt, dass das militärische Engagement der ISAF 2014 enden soll. Daher ist es jetzt umso wichtiger, ein klares Bekenntnis für den Beginn des militärischen Rückzugs abzulegen.

Der bei der Londoner Afghanistankonferenz Ende Januar 2010 eingeleitete Strategiewechsel hat eine neue Dynamik in das internationale Afghanistanengagement gebracht. Er schafft die Grundlage für die schrittweise Reduzierung des internationalen militärischen Engagements und den Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan. Es besteht eine realistische Chance, den Einsatz der Bundeswehr auf verantwortungsvolle Weise und in Abstimmung mit den internationalen Partnern in absehbarer Zeit zu beenden. Voraussetzung dafür ist, dass beim Strategiewechsel Kurs gehalten wird. Es steht außer Frage: Das militärische Engagement muss schrittweise in den Hintergrund rücken. Der Wiederaufbau, die wirtschaftliche Entwicklung und eine nachhaltige politische Regelung des Konfliktes müssen noch stärker in den Mittelpunkt der internationalen Bemühungen gestellt werden. Die gewählte afghanische Regierung muss endlich ihrer politischen Verantwortung gerecht werden und entschieden gegen die grassierende Korruption vorgehen.

Die USA werden Mitte dieses Jahres mit dem Rückzug ihrer Truppen beginnen. Der NATO-Gipfel in Lissabon hat im November 2010 eine klare zeitliche Vorgabe für die Übergabe der Sicherheitsverantwortung gesetzt, die in diesem Jahr begonnen wird und bis zum Jahr 2014 abgeschlossen sein soll. Die Ankündigung der NATO, damit bereits Anfang 2011 zu beginnen, ist verbindlich. Nach Einschätzung vieler Experten wird die aktuelle Lage es erlauben, auch in der Nordregion erste Distrikte schon Anfang 2011 an die Afghanen zu übergeben.

Daraus sind Konsequenzen für den deutschen Teil des ISAF-Kontingents zu ziehen: Der Prozess der Übergabe der Sicherheitsverantwortung muss mit einem straffen Zeitplan unterlegt und konsequent umgesetzt werden. Mit fortschreitender Übergabe wird auch der Rückzug der internationalen Truppen schrittweise vollzogen. Dies schließt eine Reduzierung des deutschen ISAF-Kontingents noch in diesem Jahr ein.

Der Deutsche Bundestag nimmt zur Kenntnis, dass die Bundesregierung im vorliegenden ISAF-Mandat die Zuversicht äußert, die Präsenz der Bundeswehr ab Ende 2011 reduzieren zu können und hierfür „jeden sicherheitspolitischen Spielraum für eine frühestmögliche Reduzierung nutzen“ will. In Kenntnis der vom Präsidenten Barack Obama mehrfach bekräftigten Absicht, mit dem Rückzug der US-Truppen im Juli 2011 beginnen zu wollen, unterstreicht der Deutsche Bundestag seine klare Erwartung, dass das deutsche ISAF-Kontingent tatsächlich im Verlaufe dieses Jahres reduziert wird und koppelt hieran seine künftige Zustimmung zur Beteiligung der Bundeswehr an der ISAF.

Die Reduzierung muss irreversibel sein und sich in den ISAF-Folgemandaten widerspiegeln. Sie soll die Lastenverteilung bei der Sicherung des Landes Schritt für Schritt ändern und die Regierung in Kabul dazu drängen, stärkere Eigenverantwortung für ihr Gemeinwesen nicht nur anzukündigen, sondern tatsächlich zu übernehmen.

Um den schrittweisen Rückzug der internationalen Truppen und der Bundeswehr zu gewährleisten, muss die neue Strategie konsequent fortgeführt werden:

1. Die Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte muss weiter vorangetrieben werden. Der Fokus muss noch stärker als bislang auf die Qualität der Ausbildung und der Ausstattung gelegt werden. Klar ist: Je schneller die gesetzten Ziele erreicht werden, umso eher kann die Präsenz internationaler Truppen in Afghanistan beendet werden.
2. Der zivile Wiederaufbau muss mit großer Intensität fortgesetzt werden. Der Fokus muss dabei noch intensiver auf die Entwicklung der ländlichen Räume und der Landwirtschaft, auf die Unterstützung der afghanischen Regierung beim Aufbau einer effizienten Verwaltung sowie den Ausbau der Infrastruktur und des Bildungs- und Gesundheitssektors gelegt werden.

Die afghanische Regierung muss sichtbar unter Beweis stellen, dass sie ihre Bekenntnisse zu besserer Regierungsführung und zur Bekämpfung der extrem hohen Korruption ernst nimmt und die nach der Kabuler Konferenz vorgelegten Aktionsprogramme zügig und ohne Einschränkung umzusetzen bereit und in der Lage ist. Der Abfluss der zugesagten deutschen Hilfsgelder ist an erkennbaren Fortschritten bei der Umsetzung entsprechender Programme und Aktionspläne zu orientieren.

3. Die Bemühungen um eine politische Lösung des Konfliktes müssen fortgesetzt werden. Der Deutsche Bundestag begrüßt in diesem Zusammenhang die intensiveren Bemühungen der afghanischen Regierung um eine innerafghanische Aussöhnung. Die vom Präsidenten Hamid Karsai Anfang Juni 2010 einberufene Friedens-Jirga mit 1 600 Teilnehmern hat die Einrichtung eines Friedens- und Integrationsprogramms gebilligt und einen nationalen Friedensrat eingesetzt, der im Herbst 2010 seine Arbeit aufgenommen hat. Die

Suche nach einer politischen Verhandlungslösung ist unverzichtbarer Teil des Kurswechsels, der Afghanistan zur Selbständigkeit führen soll. Dabei gilt es allerdings, die „roten Linien“ einzuhalten. Die internationale Gemeinschaft muss deshalb weiterhin darauf drängen, dass ausstiegswillige Aufständische der Gewalt abschwören, keine Verbindungen mit Al Qaida oder anderen gewaltbereiten Gruppen unterhalten und die Grundsätze der afghanischen Verfassung anerkennen. Der innere Frieden in Afghanistan darf nicht auf Kosten der Menschenrechte, insbesondere nicht auf Kosten der gegen viele Widerstände wiedererlangten Rechte der Frauen errungen werden.

4. Der Bundestag sieht mit Besorgnis, dass es mit Blick auf die regionale Dimension des Konfliktes in den vergangenen Monaten deutlich zu wenig Initiativen auf höchster politischer Ebene gegeben hat. Es fehlt an herausragenden Bemühungen um eine Verbesserung des afghanisch-pakistanischen Verhältnisses. Auch im Hinblick auf die Einbindung wichtiger Nachbarn wie China, Iran und der zentralasiatischen Staaten und die Einbeziehung einflussreicher Mächte wie Russland, Indien, Saudi-Arabien oder der Türkei ist wenig internationale Initiative zu erkennen. Die Bemühungen um eine regionale Stabilisierung der Lage müssen endlich wieder verstärkt werden; anders wird eine dauerhafte Befriedung der Region nicht gelingen. Hier ist auch die Bundesregierung gefragt, das Gewicht Deutschlands als einem der größten internationalen Geber und Truppensteller einzubringen. Teil der Bemühungen um eine regionale Stabilisierung muss es darüber hinaus sein, Afghanistan Gewissheit zu verschaffen, dass mit dem Ende der internationalen Kampfeinsätze nicht auch das internationale Engagement in Afghanistan endet.

Der Deutsche Bundestag nimmt die Vorlage des Fortschrittsberichts Afghanistan durch die Bundesregierung Ende 2010 zur Kenntnis. Er kann jedoch kein Ersatz für eine unabhängige und umfassende Analyse und Evaluierung der Erfolge und Misserfolge des Strategiewechsels sein.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- sich klar und ohne Einschränkungen oder Vorbehalte zu der von der NATO formulierten Perspektive für die Beendigung der internationalen Beteiligung an Kampfeinsätzen in Afghanistan bis 2014 zu bekennen;
- mit dem Rückzug des deutschen ISAF-Kontingents innerhalb dieses Jahres zu beginnen. Bereits Anfang dieses Jahres muss die schrittweise Übergabe der Sicherheitsverantwortung an die afghanischen Partner eingeleitet werden. Der Deutsche Bundestag erwartet von der Bundesregierung, dass an diesem „Fahrplan“ festgehalten wird und wird die weitere Zustimmung zur Beteiligung der Bundeswehr an der ISAF vom Beginn der Transition und des Truppenrückzugs in 2011 abhängig machen;
- vor dem Hintergrund des voraussichtlich im Juli 2011 beginnenden schrittweisen Rückzuges der amerikanischen Truppen im Verlaufe dieses Jahres, spätestens jedoch bis zur Bonner Afghanistankonferenz im November 2011, einen konkreten „Fahrplan“ zur weiteren Übergabe der Sicherheitsverantwortung und zur Beendigung der Beteiligung der Bundeswehr an Kampfeinsätzen in Afghanistan im Jahr 2014 vorzulegen und mit der afghanischen Regierung und den internationalen Partnern abzustimmen;
- die Mittel für den zivilen Wiederaufbau auf dem erreichten Niveau fortzuschreiben und zugleich deren Abfluss an der Umsetzung der Selbstverpflichtung der afghanischen Regierung auszurichten. Der zivile Wiederaufbau darf nicht weiter durch überflüssige Bedingungen für die Mittelvergabe an Nichtregierungsorganisationen – wie z. B. durch die Koppelung an eine Kooperation mit der Bundeswehr – behindert werden. Der Deutsche Bundestag lehnt eine Militarisierung der Entwicklungszusammenarbeit strikt ab;

- am ISAF-Mandat und der Struktur des deutschen ISAF-Kontingents keinerlei Änderungen vorzunehmen, die die Neuausrichtung des militärischen Engagements in Richtung der Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte in Frage stellen könnten;
- die gegenwärtige Mitgliedschaft Deutschlands im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zu nutzen, um wirksame Initiativen für eine Stabilisierung der Region zu starten und die VN, befreundete Staaten und andere potentielle Partnerländer für eine längerfristige wirtschaftliche und politische Unterstützung Afghanistans jenseits der ISAF-Mission zu verpflichten. Afghanistan braucht, gerade auch nach Beendigung der ISAF-Mission, Freunde und Partner, die an seiner Seite stehen. Die Bundesregierung muss hier endlich politisch initiativ werden;
- die für November 2011 geplante Afghanistankonferenz in Bonn über die Gastgeberrolle hinaus mit eigenen Initiativen für den weiteren „Fahrplan“ zur Übergabe der Sicherheitsverantwortung und zur Truppenreduzierung bis 2014 und für eine politische Lösung vorzubereiten. Personen und Gruppierungen aus der afghanischen Zivilgesellschaft sollten einbezogen werden;
- für eine volle Transparenz und Offenheit gegenüber den Fraktionen des Deutschen Bundestages und der deutschen Öffentlichkeit zu sorgen und sich nicht länger einer unabhängigen Evaluierung des Einsatzes zu entziehen. Der Deutsche Bundestag erwartet, anknüpfend an den Ende 2010 vorgelegten Fortschrittsbericht, eine umfassende, wissenschaftlich fundierte Auswertung der Erfolge und Defizite des Strategiewechsels bis Mitte dieses Jahres.

Berlin, den 25. Januar 2011

**Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion**